Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/2972

12. 12. 74

Sachgebiet 613

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag einer Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie Nr. 68/297/EWG des Rates zur Vereinheitlichung der Vorschriften über die abgabenfreie Einfuhr des in den Treibstoffbehältern der Nutzkraftfahrzeuge enthaltenen Treibstoffs
— Drucksache 7/2501 —

A. Bericht des Abgeordneten Schmidhuber

Der Vorschlag der EG-Kommission — Drucksache 7/2501 — wurde vom Präsidenten des Deutschen Bundestages am 18. September 1974 an den Ausschuß für Wirtschaft federführend und an den Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen mitberatend zur Beratung überwiesen. Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen hat die Vorlage in seiner Sitzung am 9. Oktober 1974 beraten. Auf die Bedenken dieses Ausschusses wird unten eingegangen.

Die Kommission empfiehlt in ihrem Vorschlag einer Richtlinie des Rates die abgabenfreie Einfuhr des in den Treibstoffbehältern von Nutzkraftfahrzeugen enthaltenen Treibstoffs von 50 Liter auf 100 Liter zu erhöhen.

Die Bundesregierung hatte aufgrund der Energiekrise zunächst die Einfuhr von Treibstoff in Treibstoffbehältern vorübergehend freigegeben. Ab 1. März 1974 wurde die abgabenfreie Einfuhr zunächst auf 100 Liter beschränkt, ab 1. Juli 1974 auf 50 Liter.

Der Ausschuß hat ebenso wie der Bundesrat und der Verkehrsausschuß Bedenken gegen die Anhebung der abgabenfreien Einfuhr, so lange nicht für die Gemeinschaft eine Harmonisierung der fiskalischen Belastung bei Nutzkraftfahrzeugen verwirklicht worden ist. Aus dieser Erwägung hat der Ausschuß der Bundesregierung empfohlen, dem Änderungsvorschlag der Kommission so lange ihre Zustimmung zu versagen, bis die nationalen Steuern im Verkehr in ihrer Struktur sowie in ihrer Höhe harmonisiert worden sind.

Namens des Ausschusses bitte ich das Hohe Haus, von dem Kommissionsvorschlag Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 11. Dezember 1974

Schmidhuber

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Von der Richtlinie des Rates — Drucksache 7/2501 — wird Kenntnis genommen.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Änderungsvorschlag der Kommission so lange ihre Zustimmung zu versagen, bis die nationalen Steuern im Verkehr in ihrer Struktur sowie in ihrer Höhe harmonisiert worden sind.

Bonn, den 11. Dezember 1974

Der Ausschuß für Wirtschaft

Dr. Narjes	**Schmidhuber**
Vorsitzender	Berichterstatter